



Hoffnung keimt in Schatila

Kinder im Beiruter Lager Schatila. Bisher mussten die palästinensischen Flüchtlinge dort abgeschottet vom Gastland leben. Jetzt könnte ein neues libanesisches Gesetz Besserung bringen. **Seite 3**



Schlacht um Moskau

Die Amtszeit des ebenso selbstherrlichen wie populären Moskauer Oberbürgermeisters Juri Lushkow scheint zu Ende zu gehen. Er brauche Zeit zum Nachdenken, verlautete aus dem Kreml. **Seite 8**



Globale Gesundheit

Weltweit wird das Gesundheitswesen durch neoliberale Politik ökonomisiert und entsolidarisiert. Das trifft zuallererst die Armen im Süden, aber auch immer mehr Menschen im Norden. **Seite 10**

Standpunkt

Rechte Kosmetik

Von Olaf Standke

Brav gescheiteltes Haar, Schuljungen-Brille, eleganter Anzug samt Seidentuch – Jimmie Aakesson schaut aus wie Schwiegermamas Liebling. Auch das mag geholfen haben beim erstmaligen Parlamenteinzug seiner vom rechten Rand kommenden »Schwedendemokraten«. Die haben sich inzwischen das Etikett »nationalistisch« verpasst, ihre Wurzeln aber liegen in der Neonazi-Szene. Heute trägt man Nadelstreifen, wie Fini, der einstige Chef der italienischen Neofaschisten, der längst erreicht hat, was sie anstreben: Regierungsverantwortung. Noch will sich Schwedens konservativer Wahlsieger Reinfeldt nicht von den Rechtspopulisten abhängig machen, aber seine Koalition hat ihre absolute Mehrheit verloren.

Beim Nachbarn ist man da schon weiter. Die DVP-Chefin Kjersgaard, die auch Wahlkampf für Aakesson machte, hat als Mehrheitsbeschafferin das Kopenhagener Mitte-Rechts-Kabineett zu einer immer rigideren Einwanderungspolitik getrieben. In der Schweiz dominiert Blochers national-konservative Volkspartei den Nationalrat. In Österreich kommen die beiden rechtspopulistischen Parteien sogar auf rund 28 Prozent der Stimmen. Und auch in Holland will Wilders' PVV als drittstärkste Kraft im Parlament endlich in die Regierung. Sie alle drängen zur politischen Mitte, präsentieren sich gern als Anwälte der kleinen Leute, bleiben bei aller Kosmetik im Auftreten aber vor allem eines: ausländerfeindlich und rassistisch.

Unten links

In Deutschland werden jährlich rund 30 Milliarden Euro für Werbung ausgegeben. Auch die Bundesregierung trägt ihr – oder besser: unser aller – Scherflein dazu bei. Laut einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Bärbel Höhn waren das im letzten Jahr zwar nur 48,9 Millionen Euro, also unter zwei Promille aller deutschen PR-Ausgaben, die aber sollen im laufenden Jahr um knapp 16 Prozent auf 56,6 Millionen steigen. Vermutlich werden davon neue Slogans gekauft, wie: »Wir sorgen für eine strahlende Zukunft!«, »Schieben Sie nichts auf die Bank – wir erledigen das für Sie!« oder »Ihre Stimme, unser Verdienst!«. Diese Parolen kann die Regierung von uns gratis bekommen. Und auch einen Hinweis: Zu den erfolgreichsten PR-Instrumenten gehört die Schockwerbung. Sie erzielt Aufmerksamkeit durch emotionale Erregung, zum Beispiel durch Angst oder Wut. Die Frage ist demnach: Warum braucht diese Bundesregierung überhaupt Werbung – reicht nicht ihre Politik? **jr/s**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/So 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Hartz IV nach Kassenlage

Regelsätze sollen künftig an die Lohn- und Preisentwicklung gekoppelt werden



Menschenwürde und Hartz IV – zwei Begriffe, die die Bundesregierung auch weiter nicht in Einklang zu bringen vermag

ND-Foto: Wolfgang Frotscher

Nach dem Verfassungsgerichtsurteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen kommt Bewegung in die Neuberechnungs-Debatte: Das Arbeitsministerium legte einen Gesetzentwurf vor, die genauen Zahlen sollen bald folgen.

Berlin (epd/ND). Die neuen Hartz-IV-Regelsätze sind auf dem Weg. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat am Montag ihren Gesetzentwurf den anderen Ministerien zugeleitet. Die Zahlen über die Höhe der neuen Regelsätze fehlen noch. Sie sollen am kommenden Montag vorliegen. Der Regelsatz wird aber voraussichtlich erhöht. Laut dpa-Informationen werden – unter Berücksichtigung einiger neuer Posten wie Internetanschluss oder Praxisgebühr. Die Regelsätze werden sich weiter am Einkommen des unteren Fünftels der Bevölkerung anlehnen.

Die jährliche Erhöhung der Sätze soll zudem nicht länger an die Ren-

umgesetzt. Die FDP will mit der Neuberechnung eine Erhöhung der Zuverdienstmöglichkeiten verknüpfen. Die Kosten sollen aus dem Arbeitsetat gegenfinanziert werden. FDP-Generalsekretär Christian Lindner relativierte aber die FDP-Forderung, wonach im Gegenzug das Arbeitslosengeld I für Ältere gekürzt werden soll. Wenn die Union einen guten Vorschlag zur Finanzierung unterbreite, bestehe man nicht darauf.

Für die neuen Regelsätze soll, wie bisher, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden – unter Berücksichtigung einiger neuer Posten wie Internetanschluss oder Praxisgebühr. Die Regelsätze werden sich weiter am Einkommen des unteren Fünftels der Bevölkerung anlehnen.

Die jährliche Erhöhung der Sätze soll zudem nicht länger an die Ren-

tenentwicklung gekoppelt sein. Das hatte das Verfassungsgericht unter anderem beanstandet. Stattdessen werden zu 70 Prozent das Preis- und zu 30 Prozent das Lohnniveau als Vergleichsgröße genommen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisierte die Anlehnung an Nettolöhne und Preisindex als verfassungswidrig. Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider sagte, das Gericht habe eine Orientierung am Bedarf verlangt.

Derzeit liegt der Regelsatz für Erwachsene bei 359 Euro im Monat. Der Kinder- und Jugendregelsatz, der bislang 60 bis 80 Prozent davon entspricht, wird auf eine eigenständige Rechenbasis gestellt. Der Entwurf umfasst auch das von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigte »Bildungspaket« für Kinder.

Künftig soll sichergestellt sein, dass Kinder aus Hartz-IV-Haushal-

ten ein Schulmittagessen bezahlt bekommen sowie über eine Bildungs-Chipkarte Schulmaterial, Schulausflüge, Nachhilfe und Freizeitangebote finanzieren können. Das Arbeitsministerium wies Berichte zurück, wonach die Länder gegen die Chipkarte opponieren.

Auch die Unterkunftskosten werden neu geregelt: Die Kommunen sollen künftig selbst festlegen, in welcher Höhe sie Miete für Hartz-IV-Bezieher erstatten. Dabei sollen Mietspiegel als Norm dienen.

Als »Armutszeugnis« für die Regierung bezeichnete DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntbach den Entwurf. Offenbar wolle man das Verfassungsgerichtsurteil »möglichst« billig umsetzen, sagte sie. Nicht das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben, sondern die Kassenlage des Bundes scheine dabei im Fokus zu stehen. **Tagesthema Seite 2**

Gesundheitssystem ohne Solidarität

Streit um Röslers Reform vor der morgigen Abstimmung im Bundeskabinett

Unbegrenzte pauschale Zusatzbeiträge für die Versicherten, Geschenke an die privaten Krankenkassen: Vor dem Regierungsbeschluss wird die geplante Gesundheitsreform heftig kritisiert.

Berlin (ND-Stötzel/dpa). Das Gesundheitssystem könne angesichts der demografischen Entwicklung und des technischen Fortschritts in Zukunft nicht billiger werden, sagte Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) in der ARD-Sendung »Bericht aus Berlin«. Grundsätzlich dürfe er damit recht haben. Schwieriger ist es mit den konkreten Zahlen. So wurde das erwartete Defizit bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) am Freitag angesichts der Konjunkturlage von elf auf zehn Milliarden korrigiert. Gestritten wird aber vor allem darüber, wer das bezahlen soll.

Am morgigen Mittwoch wird im Bundeskabinett über die Gesundheitsreform abgestimmt. Danach soll der Beitragssatz für die GKV

bei 15,5 Prozent festgeschrieben werden, wovon die Versicherten mit 8,2 Prozent den größeren Anteil übernehmen. Alle weiteren Verteuerungen werden über pauschale Zusatzbeiträge finanziert, welche die Versicherten unabhängig von ihrem Einkommen zahlen müssen. Die Versicherten erhalten lediglich einen Ausgleich aus Steuermitteln, wenn der durchschnittliche Zusatzbeitrag aller Kassen zwei Prozent ihres Einkommens überschreitet. Wie viel tatsächlich gezahlt wurde, spielt keine Rolle. Darüber hinaus will Rösler, neben diversen empfindlichen Einsparungen, den Wechsel für Besserverdienende von einer gesetzlichen zu einer privaten Krankenversicherung erleichtern und den Privaten die gleichen Rabatte für Arzneimittel gewähren wie den Gesetzlichen. Alle Oppositionsparteien im Bundestag und viele Verbände fordern dagegen eine Bürgerversicherung für alle Einkommen.

Rösler verteidigte am Wochenende seine Meinung, die steigenden Kosten dürften nicht zu Lasten der so genannten Lohnzusatzkosten gehen und so Wachstum und Beschäftigung gefährden. Der GKV-Spitzenverband lehnt nach oben offene, pauschale Zusatzbeiträge ab. »Ein prozentualer Zusatzbeitrag hätte den praktischen Vorteil, dass der Sozialausgleich innerhalb des Zusatzbeitrages und nicht über einen gesonderten Ausgleichsmechanismus umgesetzt werden könnte«, sagte Sprecher Florian Lenz am Montag. »Eine Pauschale ist, auch wenn mit einem Sozialausgleich verbunden, ungerecht und belastet die kleinen und niedrigen Einkommen überproportional«, schrieb der CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger an die Mitglieder der CSU-Landesgruppe und kündigte an, der Reform nicht zuzustimmen.

»Wer die Solidarität aus dem Gesundheitssystem ausschließt und

aus Gesundheit ein Wirtschaftsgut machen will, dem geht es nicht um die Versorgung der Bevölkerung«, urteilte die Gesundheitsexpertin der Linksfraktion, Martina Bunge.

Karl Lauterbach, Gesundheitspolitiker der SPD, warf der Bundesregierung im »Kölnener Stadt-Anzeiger« vor, Parlament und Öffentlichkeit über den Einfluss der Pharmalobby bei der Formulierung der Gesundheitsreform bewusst zu täuschen. So habe der Verband forschender Arzneimittelhersteller direkten Einfluss auf eine wesentliche Neuerung der Reform ausgeübt, nämlich die künftige Festlegung der Kriterien zur Kosten-Nutzen-Bewertung für neue Medikamente im Gesundheitsministerium. Rösler sagte dazu in der ZDF-Sendung »Berlin direkt«, man brauche eine »vernünftige Nutzenbewertung«, die jetzt »im Interesse der Patienten« sehr schnell zustande kommen müsse. **Kommentar Seite 4**

Schwedens Konservative in Bredouille

Rechtspopulisten zogen ins Parlament ein

Stockholm (Agenturen/ND). Der Erfolg der Rechtspopulisten hat Schwedens Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt um die absolute Mehrheit gebracht. Trotz des Erfolgs seiner konservativen Partei muss der Regierungschef mit seiner Koalition nach den Wahlen vom Sonntag neue Partner suchen.

Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten schafften mit 5,7 Prozent erstmals den Einzug ins Parlament; sie stellen künftig 20 Abgeordnete. Die Sozialdemokraten hingegen erzielten mit 30,9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 96 Jahren.

Reinfeldt schloss in scharfer Form jede Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten aus: »Das ist nach wie vor eine im Kern fremdenfeindliche Partei, die ein anderes Schweden ohne Toleranz und großzügige Asylpolitik und Arbeitskraftzuwanderung will.«

Die bisher oppositionellen Grünen lehnten in der Wahlnacht ein Angebot zur Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Regierungslager zunächst ab, zeigten sich am Montag aber doch gesprächsbereit.

Wegen des Erfolgs der Schwedendemokraten, die vor allem für eine drastische Beschränkung der Zuwanderung eintreten, fehlen Reinfeldt drei Stimmen für die absolute Mehrheit. Die Konservativen selbst erzielten mit 30 Prozent das beste Ergebnis ihrer Parteigeschichte und gelten als klarer Wahlsieger. **Seite 3**

Kurz

Erhängt in Iran

Teheran (AFP). Im Gefängnis der iranischen Stadt Ahwas sind drei Männer durch Erhängen hingerichtet worden. Zwei der Männer seien wegen Drogenhandels, der dritte wegen Mordes zum Tode verurteilt worden, wie die Nachrichtenagentur Fars am Montag berichtete. Seit Jahresbeginn wurden damit mindestens 113 Menschen in Iran hingerichtet.

Soldaten getötet

Duschanbe (AFP). In Tadschikistan sind am Sonntag nach Angaben des Verteidigungsministeriums 23 Soldaten bei einem Terroranschlag getötet worden. Zehn weitere Soldaten seien bei dem von »islamistischen Terroristen« verübten Anschlag verletzt worden.

PKK-Waffenruhe

Ankara (AFP). Die kurdischen PKK-Rebellen haben ihre im vergangenen Monat verkündete Waffenruhe verlängert. Die bis Montag befristete Aktion gelte vorerst weiter, berichtete die pro-kurdische Nachrichtenagentur Kirat.

Weniger Beamte

Moskau (AFP). Angesichts der desolaten Haushaltslage will die russische Regierung bis 2013 rund hunderttausend Beamten-Jobs streichen. Dies kündigte Finanzminister Alexej Kudrin am Montag in Moskau an.